

# Breite Mehrheit setzt Projekte im Haushalt durch

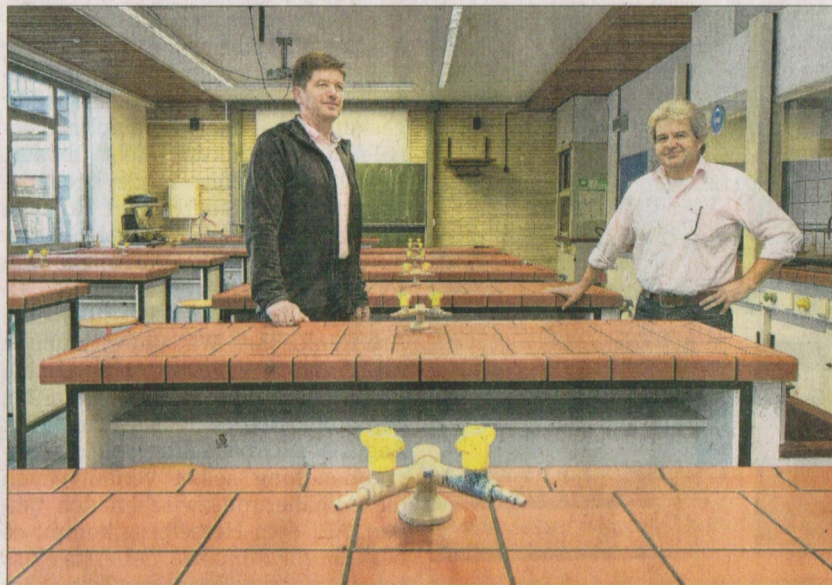
Stadträte wollen unter anderem in Bildung und Stadtentwicklung investieren – Planungskosten für Abbruch der Tennishallen

**ANSBACH (mhz) – Einiges Geld will der Stadtrat in die Hand nehmen, um verschiedene Maßnahmen in den Bereichen Bildung oder Infrastruktur zu finanzieren.**

So hat eine breite Mehrheit von CSU, SPD, BAP, Grünen und Freien Wählern 150 000 Euro in den kommenden Haushalt eingestellt, um den Chemiesaal des Platen-Gymnasiums zu sanieren. Weitere 160 000 Euro sind dafür auch für 2017 eingeplant. Das Projekt stand auf der Negativliste und war erst ab 2018 vorgesehen.

65 000 Euro sind als Planungskosten für die Sanierung der Ullasstraße vorgesehen; dafür hatten sich ebenfalls CSU, SPD und Freie Wähler starkgemacht. Um die „höchst gefährliche Situation“ (BAP-Stadtrat Dr. Markus Bucka) zwischen Schalkhausen und dem Sportplatz zu entschärfen, sind im kommenden Haushalt 145 000 Euro eingeplant. Dies hatten CSU, SPD, BAP sowie die Freien Wähler beantragt. Auf Antrag von CSU, SPD und Freien Wählern sind auch 50 000 Euro an Planungskosten für den Rezatparkplatz erhalten. Eine Sanierung sei aber erst ab 2017 zusammen mit dem Hochwasserschutz sinnvoll, erläuterte Baureferent Jochen Büschl.

Die Offene Linke wollte 360 000 Euro für den raschen Abbruch der Tennishallen, abzüglich einer Kostenbeteiligung des Bezirks von 180 000 Euro, einstellen. Büschl



Geld fürs Platen-Gymnasium: Die Fachlehrer Peter Bürkel (links) und Helmut Rummel dürfen sich auf die Sanierung des Chemiesaals ab 2016 freuen.

machte jedoch klar, dass dem zunächst eine sorgfältige Planung vorgeschaltet werden müsse und die Halle überhaupt erst im Frühjahr nach Ende der Mietverträge zur Verfügung stünde. Schließlich landeten 25 000 Euro Planungskosten im Haushalt 2016.

10 000 Euro sind auf Betreiben von CSU, SPD und Freien Wählern eingestellt worden, um die Planungen für die Auslagerung des Betriebsamtes zu forcieren. Hier stünden zudem noch mehrere zehntausend Euro zur Verfügung, die man aus Kapazitäts-

gründen nicht habe abrufen können, sagte OB Carda Seidel. Mit dem Geld soll nach Vorstellung der Stadtratsmehrheit auch geprüft werden, ob nicht ein privater Investor für das Projekt infrage kommt. Dies erfordere aber weitaus mehr Geld, warnte Finanzreferent Hans Schwarzbeck. Denn für ein PPP-Projekt brauche man ausgewiesene – und damit teure – Fachleute. Man wolle schließlich kein „zweites Waterloo“ wie am Strüther Berg erleben. Und Boris-André Meyer meinte, wer einem PPP-Projekt das Wort rede, der habe wohl



Der Rezatparkplatz soll hergerichtet werden. 50 000 Euro sind im kommenden Jahr für die notwendige Planung vorgesehen. Foto: ...

nichts dazugelernt. Denkverbote dürfe es aber nicht geben, konterte CSU-Sprecher Andreas Schalk; man wolle das Thema auf die Tagesordnung heben. Martin Porzner wies zusätzlich auf das „große Entwicklungspotenzial“ hin, das das Gelände des Betriebsamtes für den innenstadtnahen Wohnungsbau biete: „Wir wollen das vorantreiben.“

Nicht durchsetzen konnte sich die Offene Linke mit ihrem Ansinnen, für Sozialen Wohnungsbau auf dem Ansbacher Messegelände ab dem Jahr 2017 bis 2019 insgesamt 3,6 Mil-

lionen Euro bereitzustellen. Auch dies einen Eigenanteil der Stadt, die die drei Jahre von 1,8 Millionen bedeutet.

Die BAP scheiterte damit im Jahr 2018 für den Gehweg 1 in Schalkhausen insgesamt 1,8 Millionen Euro einzustellen; auch 500 000 Euro für den Kreisverkehr bei Elpe. Auch dies einen Hochwasserbeseitigungsbauwerk am Dombachtal für 350 000 Euro nicht geben.